

Niederschrift
über die Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und
Beteiligungsausschusses
am 14.03.2018

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen (Vorsitz)

SPD

Herr Bauer anwesend ab 18.23 Uhr

Herr Frischemeier

Frau Bürgermeisterin Schrader

Herr Sternbacher abwesend ab 18.23 Uhr

Herr Wandersleb

CDU

Herr Helling

Herr Nettelstroth

Herr Bürgermeister Rüter

Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Julkowski-Keppler

Frau Keppler

Herr Rees

BfB

Frau Becker anwesend ab 17.05 Uhr

Die Linke

Frau Barbara Schmidt

FDP

Frau Wahl-Schwentker

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

(beratendes Mitglied)

Verwaltung:

Frau Erste Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Stadtkämmerer Kaschel	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Beigeordneter Nürnberger	Dezernat 5
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister
Herr Berens	Amt für Finanzen und Beteiligungen
Frau Schmiedeskamp	Amt für Finanzen und Beteiligungen
Herr Böhm	Stab Dezernat 1
Herr Feldmann	Leiter Ordnungsamt
Herr Imkamp	Büro des Rates
Frau Grewel (Schriftführung)	Büro des Rates

Gäste:

Frau Dr. Giere	Polizeipräsidentin Bielefeld
Herr Niewald	Polizei Bielefeld
Herr Schramm	Polizei Bielefeld
Pressevertreter	
Bürgerinnen und Bürger	

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Clausen eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses fest.

Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 32. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses am 31.01.2018

Wortmeldungen zum öffentlichen Teil der Niederschrift gibt es nicht.

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 32. Sitzung des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses vom 31.01.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Mitteilung Amt 200 zum Protokoll HWBA 31.01.2018

Herr Stadtkämmerer Kaschel verliest folgende Mitteilung:

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,
in der Sitzung am 31.01.2018 wurde unter dem Tagesordnungspunkt 1 „Genehmigung des Protokolls“ unter Bezugnahme auf S. 25 des Protokolls der vorangegangenen Sitzung die Abgabe einer Erklärung der Aufsichtsratsmitglieder des Klinikums zu Beratungs- und Organfunktionen in Wettbewerbsunternehmen für das Jahr 2017 hinterfragt. Im Protokoll war die Aussage enthalten, dass die Abgabe der Erklärung für 2017 zugesagt sei.*

Ich möchte heute zum voraussichtlichen zeitlichen Ablauf der Kodex-Berichterstattung für das Jahr 2017, deren Bestandteil diese Erklärung dann sein würde, kurz Stellung nehmen. Der Fragebogen zum Kodex wird von den Beteiligungsunternehmen der Stadt nach Fertigstellung der jeweiligen Jahresabschlüsse im Kontext der Jahresabschlüsse beantwortet. Da dies im Regelfall innerhalb der 1. Jahreshälfte eines jeden Jahres für das zurückliegende Jahr erfolgt, wird die Berichterstattung für den Kodex für das Jahr 2017 frühestens in der zweiten Jahreshälfte des Jahres 2018 vorliegen.

Da die Zusage des Klinikums gegeben wurde, gehe ich davon aus, dass Ihnen mit der Gesamtberichterstattung zum Kodex 2017 im Herbst des Jahres 2018 die entsprechenden Antworten vorgelegt werden können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Mitteilung Ausgliederung ÖPNV in Gütersloh

Herr Stadtkämmerer Kaschel verliest folgende Mitteilung:

*Sehr geehrte Damen und Herren,
aus gegebenem Anlass möchte ich Sie zum aktuellen Stand der Ausgliederung des ÖPNV in Gütersloh informieren.
Die Stadtwerke Bielefeld sind bekannterweise an der Stadtwerke Gütersloh GmbH mit 49,9% beteiligt.
Mit Beschluss vom 06.07.2017 hatten der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss sowie der Rat der Stadt Bielefeld der Neugründung einer Tochtergesellschaft der Stadtwerke Gütersloh GmbH, der Ausgliederung der ÖPNV-Sparte aus der Stadtwerke Gütersloh GmbH auf diese neu zu gründende GmbH sowie einer Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Gütersloh GmbH zugestimmt.
Die Gremien der Stadtwerke Bielefeld und der Stadtwerke Gütersloh sowie der Rat der Stadt Gütersloh haben ebenfalls entsprechende Beschlüsse gefasst, das Anzeigeverfahren bei der Bezirksregierung Detmold wurde zwischenzeitlich positiv abgeschlossen.
Aufgrund von Formfehlern bei der Umsetzung der Beschlüsse (Anmeldung der Ausgliederung zum Handelsregister) durch das betraute Notariat konnte die Ausgliederung nicht wie beabsichtigt zum 01.01.2017 erfolgen, sondern wird erst zum 01.01.2018 umgesetzt werden.
Eine erneute Beschlussfassung des Rates der Stadt Bielefeld ist nicht erforderlich, da sich die wirtschaftlichen Rahmendaten nicht ändern.*

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Sachstandsbericht zu Sicherheit und Ordnung in der Stadt Bielefeld

Herr Oberbürgermeister Clausen begrüßt die Bielefelder Polizeipräsidentin Frau Dr. Giere und dankt für die inzwischen etablierte gute Tradition der persönlichen Berichterstattung im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss in Zusammenarbeit mit Frau Erster Beigeordneter Ritschel für das Dezernat 3.

Frau Dr. Giere dankt für die Möglichkeit, einen Bericht zur Sicherheitslage in Bielefeld aus Sicht der Polizei vorstellen zu können und knüpft direkt an ihre Aussagen aus dem vergangenen Jahr in Bezug auf die Polizeipräsenz in der Innenstadt an. Ziel sei nicht nur die Verhinderung von Straftaten, sondern auch die Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger. Unverändert sei die Zahl von 11 zusätzlichen Beamten und einem Streifenwagen auf dem Boulevard sowie nach Möglichkeit am Jahnplatz, insbesondere in den Nachtstunden, an Wochenenden und Feiertagen. Darüber hinaus gebe es Sondereinsätze unter Einbeziehung der Bereitschaftspolizei in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, dem Ordnungsamt oder dem Ausländeramt zu bestimmten Themenbereichen. Auch gebe es wie bisher die Präsenz von Polizei und Ordnungsamt im Bereich der Stadtwache zu den Tagesstunden. Die Polizei beteilige sich auch weiterhin an den „runden Tischen“ zu den Themenbereichen Boulevard und sichere Innenstadt/„Tüte“. Darüber hinaus seien die regelmäßigen Kooperationsgespräche mit der Stadt Bielefeld zu ordnungsrechtlichen Fragestellungen aus Sicht der Polizei sehr zielführend. Zur Entwicklung im Jahr 2017 sei aus Sicht der Polizei zu berichten, dass es im ersten Quartal keinerlei Hinweise auf eine Veränderung der bisherigen Situation gegeben habe. Mit Beginn der warmen Jahreszeit sei jedoch ein erheblicher Anstieg verschiedenster Delikte zu verzeichnen gewesen. Von dieser Veränderung war im Besonderen das Stadthallen- bzw. Bahnhofsumfeld betroffen. Neben dem Anstieg der Deliktzahlen sei auch eine Veränderung der ortsansässigen Szene festzustellen gewesen, in Form einer vermehrten Anzahl junger Männer aus dem nordafrikanischen Raum, die sehr offensiv ihre Geschäfte abwickeln wollten sowie einer zunehmend aggressiven Grundstimmung. Die festgestellten Delikte seien jedoch fast ausschließlich innerhalb der Szene verübt worden. Dennoch wurden diese Veränderungen seitens der Anwohner und Anwohnerinnen registriert, es gab Presseberichte, vermehrt Anzeigen und eine Minderung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Eine vergleichbare Entwicklung sei am Kesselbrink nicht festzustellen gewesen. Hier habe sich die Situation im Verhältnis zum Vorjahr deutlich verbessert und ein Kriminalitätsschwerpunkt sei nicht mehr feststellbar. Frau Dr. Giere erinnert an das Jahr 2016 und die Entwicklung zu einem Kriminalitätsschwerpunkt auf dem Kesselbrink. Das sehr massive Vorgehen der Polizei habe eine Beruhigung der Lage und die Reduzierung auf eine unauffällige Alkoholszene bewirkt. Das angrenzende Ostmannturmviertel weise aus polizeilicher Sicht keine besonderen Auffälligkeiten auf, allerdings sei der gesamte Bereich als Durchgang zum Drogenhilfezentrum, in Form von Handel und Konsum, betroffen; dies auch vor dem Hintergrund, dass der Drogenkonsumraum nur für Bielefelder Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehe. Auch im Bereich der Bahnhofstraße sei ein auffälliger Rückgang der Deliktzahlen zu verzeichnen gewesen. Der Boulevard mit seiner besonderen Gewichtung der Nutzung an den Wochenenden, verzeichne einen Anstieg bei den Körperverletzungsdelikten, oft auch unter Alkoholeinfluss. Der Bereich Jahnplatz sei im Vergleich zum Vorjahr auf einem stabilen Niveau mit einer zwar erheblichen Anzahl, aber keinem Anstieg der Deliktzahlen. Alle anderen Bereiche in der Biele-

felder Innenstadt oder beispielsweise der Treppenplatz in Brackwede, seien aus polizeilicher Sicht völlig unauffällig. Eine deutliche Veränderung sei wie bereits beschrieben nur im Stadthallenumfeld feststellbar gewesen. Um die Entstehung eines Problembereiches zu verhindern, habe die Polizei ihre Präsenz erhöht und die Aufklärungsmaßnahmen verstärkt. Dies auch mit dem Ziel, verlässliche Auskünfte zu den Personen und deren Aktivitäten zu erhalten. Mit MoBiel und später auch mit der Stadt Bielefeld habe die Polizei die Maßnahmen verzahnt und eine Ermittlungsgruppe installiert, die sich ausschließlich mit dem Personenkreis und den Delikten an der Stadthalle befasse, um täterorientiert agieren zu können. Ein besonderes Augenmerk sei dabei auf Personen mit nordafrikanischer Herkunft gelegt worden, die in der Vergangenheit in Bielefeld und anderen Städten als mehrfach tatverdächtig aufgefallen waren. In Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden und der Staatsanwaltschaft sei es zu haftbegründenden und aufenthaltsbeendenden Maßnahmen gekommen. In der Zeit von September bis zum Jahresende 2017 wurden 335 Identitätsfeststellungen durchgeführt und 69 Platzverweise sowie 23 Bereichsbetretungsverbote ausgesprochen. Mit den Bereichsbetretungsverboten konnten insbesondere Personen, die nicht Bielefelder Bürgerinnen und Bürger waren, bis zur Dauer von maximal drei Monaten zu Meidung des Stadthallenumfeldes verpflichtet werden. Darüber hinaus habe es 38 freiheitsentziehende Maßnahmen und 37 Strafanzeigen gegeben. Der betroffene Personenkreis habe zu 48 % die deutsche Staatsangehörigkeit und bestehe ansonsten aus Marokkanern, Türken, Algeriern, Georgiern und verschiedenen anderen Staatsbürgerschaften. Als Ergebnis dieser konzertierten Aktion sei bereits zum Ende des Jahres 2017 ein deutlicher Rückgang der Fallzahlen und Straftaten zu verzeichnen gewesen. Durch offene und verdeckte Ermittlungen sei die Szene im Stadthallenumfeld stark verunsichert und die nordafrikanischen Personen verdrängt worden, ohne anderswo erneut massiv in Erscheinung zu treten. Aktuell gehe die Polizei von einem sehr erfolgreichen Vorgehen aus, auch wenn dies in erheblichem Umfang Kräfte gebunden habe. Sollte sich die Vorjahresentwicklung mit Beginn der wärmeren Jahreszeit wiederholen, werde die Polizei versuchen, mit gleichem Vorgehen wie im Jahr 2017 eine Beruhigung im Stadthallenumfeld zu erreichen.

Herr Oberbürgermeister Clausen dankt Frau Dr. Giere für die Informationen und verweist auf die nun anstehende Präsentation, die auch in das Ratsinformationssystem eingestellt wurde.

Frau Erste Beigeordnete Ritschel erläutert zunächst, dass die Präsentation in gebotener Kürze einen Überblick zu den diversen Handlungsfeldern des Zentralen Außen- und Vollzugsdienstes (ZAV) der Stadt Bielefeld sowie den Aktivitäten zu Sicherheit und Ordnung geben solle.

Der Leiter des Ordnungsamtes, Herr Feldmann, berichtet zunächst zu den Handlungsfeldern und den gesetzlichen Grundlagen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZAV würden in der Regel auf Antrag/Anfrage aktiv. Herr Feldmann stellt im Anschluss die sich daraus ergebenden Bußgeldverfahren vor und erläutert die Entwicklung bei den verschiedenen Fallzahlen.

Frau Erste Beigeordnete Ritschel berichtet zu den Handlungsschwerpunkten und Fallzahlen der Stadtwache und erläutert das breite Spektrum. Im Anschluss berichtet sie zu öffentlichen Orten aus der aktuellen Diskussion, im Besonderen zum Stadthallenumfeld und dem Treppen-

platz in Brackwede. Sie referiert zu den kommunalen Handlungsansätzen und verweist auf die entsprechenden Beschlüsse.

Herr Feldmann berichtet zu Sicherheit und Ordnung bei größeren Veranstaltungen und die in diesem Zusammenhang erforderlichen Aktivitäten vor dem Hintergrund der aktuellen potentiellen Gefährdungslage.

Frau Erste Beigeordnete Ritschel erläutert im Zusammenhang mit dem Weihnachtsmarkt 2017 die in Bielefeld erfolgte spezielle Warnung vor Taschendieben, welche angesichts der allgemeinen Gefahrenlage seitens der Presse mit Ironie aufgegriffen worden sei. Die Bielefelder Ordnungs- und Sicherheitsbehörden hätten sich eng vernetzt vorbereitet und hätten dabei gemeinsame Einschätzungen und Sicherheitsaspekte berücksichtigt. Allerdings sei das Thema Terrorabwehr keine kommunale Aufgabe. Letztlich sei das Problem der Taschendiebe für die meisten Besucher vorrangig gewesen.

Herr Feldmann erinnert im Zusammenhang mit Großveranstaltungen an die Ereignisse in Duisburg im Jahr 2010 und die daraus resultierenden aktuellen Anforderungen sowie die gerichtliche Aufarbeitung und deren Konsequenzen. Vor diesem Hintergrund seien auch die Spiele in der Schüco-Arena zu betrachten, zumal durch Baumaßnahmen, Straßenbauarbeiten und Parkprobleme zusätzliche Erschwernisse für die reibungslose Organisation dieser Großveranstaltungen zu berücksichtigen seien.

Frau Erste Beigeordnete Ritschel resümiert die sehr ausführliche Präsentation als gute Grundlage, um im kommenden Jahr nur die aktualisierten Zahlen vorstellen zu können. Sie erinnert an ihr bereits im vergangenen Jahr geäußertes Fazit, dass Bielefeld eine der sichersten Großstädte sei und auch bleiben werde. Diese Aussage habe auch aktuell nicht an Gültigkeit verloren. Unabhängig davon werde es immer Entwicklungen geben, auf die mit der Anpassung vorhandener Konzepte reagiert werden müsse. Dies geschehe nicht mit isolierten Einzelmaßnahmen, sondern mit verschiedenen Bausteinen, um gute Lösungen zu erzielen. Dazu gebe es in Bielefeld eine gute und enge Zusammenarbeit mit der Polizei, regelmäßige Koordinierungsgespräche und eine enge Vernetzung. Dies sei auch für die Bezirke sinnvoll, um mit allen beteiligten Akteuren vor Ort geeigneten Lösungen zu finden.

Herr Helling (CDU) bittet Frau Dr. Giere um Erläuterung ihrer Aussage, dass der Treppenplatz in Brackwede aus polizeilicher Sicht unauffällig sei. An Herrn Feldmann richtet er die Frage nach dem genauen Tätigkeitsfeld der fünf neuen Mitarbeiter für die Bezirke.

Herr Sternbacher (SPD) dankt für den Gesamtüberblick und die gute Zusammenarbeit. Er fragt Frau Dr. Giere am Beispiel des Stadtbezirks Heepen nach den Planungen zur Wiederbesetzung der Personalstellen für die in Pension gegangenen Bezirksbeamten.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) richtet an Herrn Feldmann die Frage nach den Tätigkeitsfeldern der fünf Kräfte für die Bezirke und den fünf Kräften an der „Tüte“. Ein Personalpool erscheine ihr sinnvoller, um flexibel auf die verschiedenen Bedarfe reagieren zu können. An Frau Dr. Giere richtet sie die Frage, ob die verstärkten Kontrollen im Stadthallenumfeld nun

die Grundlage für ein Alkoholverbot geliefert hätten.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) dankt für die sehr ausführlichen Berichte und resümiert für Bielefeld eine insgesamt positive Gesamtsituation. Er lobt die gute Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt sowie die schnelle Reaktion der Polizei auf Veränderungen. Die beschlossene Personalaufstockung bedeute eine erhöhte Präsenz und werde so vermutlich für den Bericht im kommenden Jahr eine positive Entwicklung begründen. An Frau Dr. Giere richtet er die Frage nach den tatsächlichen Vorkommnissen, da bisher nur in Prozentzahlen berichtet worden sei. In Bezug auf eine aktuelle Pressemitteilung zur Bewaffnung der Szene an der „Tüte“ fragt er Frau Dr. Giere nach den Erkenntnissen der Polizei. Zur Statistik bei den Ordnungswidrigkeiten bittet er Herrn Feldmann um die Benennung möglicher Ursachen für den signifikanten Anstieg.

Herr Gugat (Bürgernahe/Piraten) dankt für den ausführlichen gemeinsamen Bericht und mahnt alle Akteure, die Presse und die Politik zu mehr Objektivität bei der Interpretation der erhaltenen Informationen. An Frau Dr. Giere richtet er die Fragen nach politisch motivierten Delikten und einer besonderen Delikthäufigkeit in Relation zur Nationalität der Täterinnen und Täter. Darüber hinaus bittet er um eine Spezifizierung der Nationalitäten bei den Täterinnen und Tätern im Bereich der „Tüte“. Abschließend fragt Herr Gugat, ob die Situation an der „Tüte“ ein objektives Sicherheitsproblem für andere als die dort anwesenden Personen darstelle.

Frau Becker (BfB) dankt für die ausführliche Berichterstattung und erklärt, einzelne Problembereiche nicht dem gesamten Stadtgebiet zurechnen zu wollen. An Frau Dr. Giere richtet sie die Fragen, inwieweit MoBiel in die polizeilichen Aktivitäten im Bereich der „Tüte“ eingebunden sei und welchen Nutzen die Polizei von dieser Zusammenarbeit habe. Frau Erste Beigeordnete Ritschel bittet sie um Auskunft zur Präsenz der zusätzlichen fünf Kräfte an der „Tüte“ sowie deren Handlungsmöglichkeiten. Letztlich berichtet sie von einem Konzert in der Oetkerhalle zeitgleich mit einem Fußballspiel von Arminia Bielefeld und einer damit verbundenen chaotischen Parksituation und fragt, ob es seitens der Verwaltung Lösungsansätze gebe.

Frau Schmidt (Die Linke) wertet die bisherige Berichterstattung als Beruhigung und lobt die angemessene Aktivität von Polizei und Ordnungsamt. Im Hinblick auf den Treppenplatz in Brackwede sei die Beunruhigung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger kein Beleg einer tatsächlich vorhandenen Kriminalität. Sie fragt, ob weitergehende Angebote für drogenabhängige Menschen zu einer Entspannung der Situation an der „Tüte“ beitragen können.

Frau Dr. Giere berichtet für den Gesamtbereich Treppenstraße von 32 Körperverletzungsdelikten im Jahr 2016 und 12 Körperverletzungsdelikten im Jahr 2017. Raubdelikte habe es jeweils zwei in den Jahren 2016 und 2017 gegeben. Dies sei aus polizeilicher Sicht nicht bemerkenswert. Die Polizei sei vor Ort präsent und eine aktuelle Nachfrage bei den Bezirksbeamten habe aus Polizeisicht keinen besonderen Handlungsbedarf ergeben.

Im Stadthallenumfeld habe es einen deutlichen Anstieg in den verschiedenen Deliktbereichen ab Juni/Juli 2017 gegeben. Diese Entwicklung sei

nicht vorhersehbar gewesen und der veränderten Zusammensetzung des Personenkreises im Stadthallenumfeld zuzuschreiben. Bei den alkoholbedingten Delikten sei aus Sicht der Polizei keine Veränderung zu den Vorjahren feststellbar. Zur Relativierung der prozentualen Deliktsteigerungen benennt Frau Dr. Giere folgende Zahlen:

			2016	2017
engerer Bahnhofsbereich				
Körperverletzung			63	89
Raub			20	31
Jahnplatz				
Körperverletzung			84	84
Raub			10	11
Boulevard				
Körperverletzung			87	125
Raub				
Bahnhofstraße				
Körperverletzung			44	33
Raub			20	5
Kesselbrink				
Körperverletzung			52	6
Raub			11	1

Eine Bewaffnung im Sinne von Schusswaffen bei den Personen im Stadthallenumfeld sei nicht feststellbar gewesen. Allerdings sei im gesamten Stadtgebiet verstärkt das Mitführen von Messern sowie deren Einsatz registriert worden.

Laut der aktuellen Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2017 liege der Anteil der Tatverdächtigen ohne deutschen Pass bei 41 %. Dies sei ein Rückgang um 44 % im Verhältnis zum Jahr 2016. Insgesamt sei dieser Personenkreis jedoch im Verhältnis zu ihrem Anteil in der Bevölkerung überrepräsentiert.

Auffälligkeiten im Hinblick auf Clankriminalität wie in der Presse thematisiert gebe es in Bielefeld nicht, jedoch sei die Polizei aufmerksam im Hinblick auf kriminelle Großfamilien und deren Aktivitäten sowie eventuell vorhandene Bandenstrukturen.

Zur Frage nach Personen aus Nordafrika habe es Hinweise des Landeskriminalamtes auf ca. 15 namentlich bekannte Personen als mehrfach Tatverdächtige gegeben, die sich in Einzelfällen auch im Bereich der „Tüte“ aufgehalten hätten. Deren Aktivitäten habe die Polizei in besonderer Form beobachtet. Im Hinblick auf das bereits erwähnte konsequente Vorgehen, kriminell gewordene Personen in ein beschleunigtes Verfahren zu bringen, seien im Zeitraum September bis Jahresende 2017 neun Personen in Untersuchungshaft genommen worden. Dabei wurden zwei marokkanische, zwei algerische, eine syrische, eine russische und drei deutsche Staatsangehörigkeiten festgestellt.

Zur Zusammenarbeit mit MoBiel verweist Frau Dr. Giere auf die grundsätzliche Abstimmung der Aktivitäten zwischen der Polizei und den Sicherheitskräften von MoBiel.

Ohne eine vorliegende statistische Belegung verweist Frau Dr. Giere auf das Vorhandensein von Taten unter Alkoholeinfluss, die jedoch aus Sicht der Polizei im Umfang unverändert sei.

Aus Sicht der Polizeipräsidentin sei eine Erweiterung der Öffnungszeiten des Drogenkonsumraumes als Versuch zu begrüßen, um in der Szene für Entlastung zu sorgen.

Zur Wiederbesetzung der offenen Bezirksdienststellen erläutert Frau Dr. Giere zunächst die Hintergründe, Rahmenbedingungen und Zeitvorgaben der Besetzungskriterien. Zukünftig werde es entsprechend dem Landesstandard (ein Bezirksbeamter auf 10.000 Einwohner/-innen) 33 flächenmäßig angepasste Bezirke geben, die mit geeignetem Personal besetzt würden.

Frau Erste Beigeordnete Ritschel erläutert die Statistik vor dem Hintergrund unterschiedlicher Schwerpunkte in den verschiedenen Jahren. In Gesamtbild sei die Größenordnung ungefähr gleichbleibend, in Hinblick auf die Aktivitäten der Stadtwache im Zusammenhang mit dem Stadthallenumfeld im zweiten Halbjahr 2017 seien auch diese Zahlen nachvollziehbar. Sie warnt jedoch vor simplen Interpretationen oder einer rein prozentualen Darstellung der Entwicklung, da dies zu irrationalen Rückschlüssen führen könne. Unter Einsatz von mehr Personal bestehe durchaus die Möglichkeit, dass auch die Zahl der daraus resultierenden Verfahren ansteigen werde. Hier müsse jedoch sorgfältig die Gesamtsituation betrachtet werden, um voreilige Interpretationen zu vermeiden. Anlässlich der Diskussion um Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum stelle die Vorlage 6030/2014-2020 (*aus der Sitzung des HWBA am 31.01.2018*) im Kern eine neue Aufgabe für den ZAV dar. Es handle sich hier nicht um ein Vollzugsdefizit aus anderen Bereichen, sondern die Umsetzung des Wunsches nach Präsenz für Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum. Die fünf neuen Kräfte sollen variabel in den Bezirken eingesetzt werden und dort für die Einhaltung der Ordnungsbehördlichen Verordnung (OBVO) sorgen sowie als Ansprechpartner vor Ort fungieren. In Bezug auf die fünf zusätzlichen Kräfte für den Bereich der „Tüte“ stellt Frau Erste Beigeordnete Ritschel klar, dass hier zunächst die Präsenz durch die Stadtwache gesichert sei. Derzeit laufe die Qualifizierung der neuen Kräfte in Zusammenarbeit mit der Stadtwache mit dem Ziel, perspektivisch selbständig die OBVO umzusetzen.

Herr Feldmann ergänzt zur Qualifizierung der neuen Kräfte die Zusammenarbeit mit dem Studieninstitut neben den eigenen Maßnahmen zu Fragestellungen im Auftreten im öffentlichen Raum. Zum Parkraumproblem an der Oetkerhalle bei zeitgleichen Spielen in der Schüco-Arena erläutert Herr Feldmann den Handlungsschwerpunkt im Hinblick auf die Lenkung der unterschiedlichen Besucherströme. Ziel sei dabei immer, möglichst Behinderungen zu vermeiden und den Menschen einen problemlosen Zu- und Abgang zu den Veranstaltungsorten zu ermöglichen. Für den Individualverkehr würden sich dabei längere Wartezeiten für die Rückreise nicht vermeiden lassen. Herr Feldmann äußert als einzige Lösungsalternative eine umfassendere Nutzung des ÖPNV.

Herr Nettelstroth (CDU) richtet an Frau Dr. Giere die Bitte, angesichts der steigenden Einwohnerzahlen bereits jetzt einen 34. Bezirksbeamten ein-

zuplanen. In Bezug auf die genannten Statistikzahlen fragt er nach dem Rechtscharakter der benannten Delikte.

Herr Gugat (Bürgernähe/Piraten) äußert die Bitte, im Rahmen der nächsten Berichterstattung einen länger gefassten Zeitraum zu dokumentieren, um so detailliertere Rückschlüsse zu den tatsächlichen Entwicklungen zu ermöglichen.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) regt im Hinblick auf ein zu einem späteren Zeitpunkt erforderliches Alkoholverbot an, bereits jetzt die Delikte unter Alkoholeinfluss zu dokumentieren. Im Hinblick auf das Prostituiertenschutzgesetz bitte sie um Auskunft zu den bereits eingeleiteten Maßnahmen.

Frau Dr. Giere erläutert zu den genannten Statistikzahlen, dass es im direkten Vergleich immer Diskrepanzen gebe. Zum einen die Erfassung der sogenannten IGVP-Zahlen (*Integrationsverfahren Polizei*) und beispielsweise die aktuellen Fallzahlen im Hinblick auf die Entwicklung im Sommer 2017 (Eingangszahlen). Zum anderen die für den Vergleich der Jahre 2016 und 2017 genannten Zahlen, welche der offiziellen Kriminalstatistik entnommen seien. Hierbei handele es sich um die Zahlen der an die Staatsanwaltschaft nach Abschluss der Ermittlungen abgegebenen Fälle (Ausgangszahlen). Bereits jetzt werde erfasst, ob eine Tat unter Alkoholeinfluss begangen wurde, statistisch auszuwerten sei dies jedoch noch nicht.

Frau Erste Beigeordnete Ritschel verweist im Zusammenhang mit dem Prostituiertenschutzgesetz auf die interkommunale Zusammenarbeit in Ostwestfalen-Lippe. Im April werde es ein erstes Treffen geben und dazu solle im Mai im Sozial- und Gesundheitsausschuss berichtet werden. Die Vorlage könne dann auch dem Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss vorgelegt werden.

Herr Oberbürgermeister Clausen resümiert, dass Sicherheit und Ordnung in der Stadt Bielefeld mit Klarheit und Augenmaß in der Anwendung gewährleistet seien. Er dankt im Besonderen den Entscheidungsträgern vor Ort, für die Wahrnehmung dieser Aufgabe. Herr Clausen bedankt sich insbesondere bei der Polizeipräsidentin für die umfangreichen Auskünfte sowie bei Frau Erster Beigeordneter Ritschel und Herrn Feldmann für die Präsentation.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Sachstandsbericht zum Projekt "Digitale Modellregionen in NRW"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6277/2014-2020

Herr Böhm berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation zum aktuellen Stand der Umsetzung des Landesprojektes „Modellregionen in Nordrhein-Westfalen“.

(Die Präsentation ist Anlage der Vorlage 6277/2014-2020 und wurde

auch in das Ratsinformationssystem eingestellt).

Herr Oberbürgermeister Clausen dankt Herrn Böhm für die Präsentation und berichtet von seiner aktuellen Absprache mit dem Bürgermeister von Paderborn, Themenbereiche der Modellregionen auch unabhängig von den Landesvorgaben gemeinsam realisieren zu wollen. Darüber hinaus sei das Thema Digitalisierung mit dem Personalrat diskutiert worden, der hier unter anderem Beeinträchtigungen für Arbeitnehmerrechte, Datenschutz und Arbeitsplatzbedingungen befürchte. Sobald konkrete Regelungen anstehen, werde der Personalrat eingebunden werden. Herr Oberbürgermeister Clausen macht deutlich, dass dieser Themenbereich nicht ad hoc durch den Austausch einer Software erledigt werden könne, sondern komplexe Anforderungen für alle Fachbereiche des öffentlichen Dienstes ergeben werde. Im laufenden Prozess der Umstellung werde es zu Fragestellungen und auch Konflikten kommen, die dann gemeinsam gelöst werden müssen.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) resümiert, dass in diesem Bereich Neuland betreten werde und gute Ideen gefördert würden. Sie äußert die dringende Bitte, auch externe Erfahrungen einzubinden und bei Bedarf auch zu finanzieren, um die Fördermittel dann generieren zu können.

Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert, dass zunächst die Förderrichtlinien des Landes bestehen müssen, um Finanzmittel für Projekte beantragen zu können, die dann auch förderfähig sein werden.

Herr Gugat (Bürgernähe /Piraten) dankt für die Präsentation und fragt Herrn Böhm nach seiner Bewertung der Datenschutzbelange in diesem Themenkomplex. Darüber hinaus möchte er wissen, ob der Bereich Home Office für städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Teil dieses Projektes sei.

Herr Julkowski-Keppler fragt nach der Rolle der Stadt Bielefeld im Gesamtbild der Modellregion. Im Besonderen möchte er wissen, wie die Stadt Bielefeld sich positionieren und profilieren könne, um eigene Vorstellungen zu vermitteln und Fördermittel zu generieren.

Herr Böhm erläutert, dass der Bereich Datenschutz in der IT immer einen natürlichen Konflikt beinhalte. Der Datenschutz sei ernst zu nehmen, gleichzeitig müsse darauf geachtet werden, zukunftsfähige Innovationen nicht mit übermäßigen Richtlinien zu verhindern. Dieses Thema werde das gesamte Projekt begleiten und er äußert die Hoffnung, dass die im Einzelfall auftretenden Probleme gelöst werden können. Eine Pauschallösung werde es allerdings nicht geben. Zum Themenbereich Home Office sei aktuell eine neue Dienstvereinbarung bei der Stadt Bielefeld in Kraft getreten. In Bezug auf die Modellregion sei dies daher nicht im Fokus, könne aber bei Bedarf aufgenommen werden.

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet zur Rolle der Stadt Bielefeld in der Modellregion, dass die Stadt und der Kreis Paderborn, die Stadt Dellbrück und die Bezirksregierung Detmold sich untereinander weiter vernetzt hätten. Parallel dazu habe die Stadt Bielefeld die direkte Anfrage an das Ministerium zur Einbeziehung der Stadt Bielefeld in die Modellregion herangetragen. Seitens des Ministeriums gebe es im sogenannten zweiten Eckpunktepapier dazu die deutliche Aussage zur Berücksichtigung

der Stadt Bielefeld: Die vier erstgenannten Beteiligten bilden den Bereich OWL I und die Stadt Bielefeld wird OWL II. Derzeit werde dies mit dem Ministerium finalisiert, um Verfahren und Struktur festzulegen. Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart habe in einem Gespräch sehr deutlich gemacht, dass die Stadt Bielefeld in der Förderlandschaft eine besondere Berücksichtigung finden werde. Derzeit werde die schriftliche Fixierung vorbereitet.

Herr Nettelstroth (CDU) äußert seine Sorge, dass nur die bestehenden kommunalen Vorgänge digitalisiert würden. Es sei ein Fehler, nur die Strukturen zu übertragen, ohne die damit verbundenen Prozesse zu überprüfen. Im Vergleich zur Wirtschaft seien Kommunen ohnehin schwerfälliger und hier drohe die Gefahr, den Anschluss zu verlieren.

Herr Oberbürgermeister Clausen wiederholt, dass die konkreten Erwartungen der Fördergeldgeber für weitere Schritte zwingend notwendig seien. Eine Revolution im kommunalen Bereich sei nicht allein unter dem Stichwort Digitalisierung möglich.

Der Sachstandbericht wird zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 7

Willkommensgeschenk für Studierende

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6195/2014-2020

Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert, dass mit der Informationsvorlage zum Willkommensgeschenk an Studierende der Beschluss des Rates aus März 2017 umgesetzt werde. Das Willkommensgeschenk mit Bargeld zu kombinieren sei nicht möglich gewesen. In der jetzigen Kombination sei ein Anreiz zum Kennenlernen der neuen Wahlheimat in Form von Gutscheinen geschaffen worden. Für die Stadt Bielefeld können die anfallenden Kosten über Sponsoren refinanziert werden. Geplant sei die Ausgabe zu Beginn des Sommer- und Wintersemesters 2018.

Herr Julkowski-Keppler (Bündnis 90/Die Grünen) sieht in dem Becher mit Gutscheinen eine bessere Alternative als in einem Geldgeschenk. Darüber hinaus hält er die Präsenz der beiden Verwaltungsmitarbeiter vor Ort in der Universität für ein Erfolg versprechendes Modell.

Herr Frischemeier (SPD) erinnert an die Initiative der SPD zu diesem Willkommensgeschenk und dankt für die Auswahl, die er als gute Lösung ansehe. Im Zusammenhang mit den anfallenden Kosten erinnert er an die Landesförderung in Höhe von 700,00 € / Jahr je Erstwohnsitz für Studierende.

Frau Wahl-Schwentker (FDP) hält das Willkommensgeschenk für Studierende für einen sehr guten Vorstoß und prognostiziert einen großen Erfolg dieser Aktion.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen

-.-.-

Zu Punkt 8**Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Überlassung von Sitzungsräumen der Stadt Bielefeld an Dritte**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5952/2014-2020

Herr Oberbürgermeister Clausen erläutert, dass die nun vorliegende Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung zur Überlassung von Sitzungsräumen der Stadt Bielefeld an Dritte das Ergebnis einer Überprüfung und Anpassung an veränderte Nutzungsansprüche sei. Darüber hinaus sei auch eine lange überfällige Anpassung der entstehenden Kosten damit verbunden.

Herr Rees (Bündnis90/Die Grünen) erinnert daran, dass bereits 15 Jahre seit der letzten Anpassung der Entgeltordnung vergangen seien. Er schlägt vor, in deutlich kürzeren Abständen die Entwicklung zu betrachten und bereits nach 5 Jahren zu evaluieren. Nur so sei eine sinnvolle Betrachtung der angestrebten Mehrerträge möglich.

Frau Schmidt (Die Linke) plädiert für eine Anhebung der Entgelte für kommerzielle Nutzer, möchte davon jedoch die Vereine und Verbände ausgenommen wissen. Diese hätten oft nicht die finanziellen Mittel zur Nutzung der Räumlichkeiten und würden so in ihren Aktivitäten eingeschränkt. Besonders eklatant sei dies bei der Vergabe der Räume in der Volkshochschule. Sie könne der Vorlage daher nicht zustimmen.

Herr Gugat (Bürgernähe/Piraten) sieht eher geringe Auswirkungen der neuen Benutzungs- und Entgeltordnung auf das Auswahl- und Buchungsverhalten der Nutzerinnen und Nutzer in Bezug auf die Rathausräume. Relevanter werde dies sicherlich auf Grund der Entgelte bei den Räumlichkeiten der Volkshochschule.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt zu beschließen:

Die neugefasste Benutzungs- und Entgeltordnung für die Überlassung von Sitzungsräumen der Stadt Bielefeld an Dritte wird entsprechend der Anlage zur Vorlage beschlossen.

- bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 9**Auflösung von Arbeitsgruppen, Projektgruppen u. ä.**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5998/2014-2020

Herr Oberbürgermeister Clausen weist darauf hin, dass der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss nur bezüglich des Ar-

beitskreises Brandschutzbedarfsplan zu entscheiden habe. Die Entscheidungen zu den anderen aufgeführten Arbeitskreisen wurden in der Zuständigkeit anderer Gremien bereits getroffen.

Frau Becker (BfB) fragt vor dem Hintergrund der geplanten Auflösung des Arbeitskreises nach dem Zeitplan für die Neuaufstellung des Brandschutzbedarfsplanes, da nach ihrem Kenntnisstand der bisherige Plan 2012 beschlossen worden sei und nach Ablauf von 5 Jahren fortgeschrieben werden solle.

Frau Erste Beigeordnete Ritschel bestätigt, dass im laufenden Jahr die Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes anstehe. Bei der letzten Aufstellung seien grundlegende Entscheidungen getroffen worden, sodass die nun anstehende Fortschreibung keinen großen Veränderungsbedarf darstellen werde. Vor diesem Hintergrund könne die Arbeitsgruppe aufgelöst werden. Sollten in der Zukunft erneut umfangreichere Veränderungen erforderlich werden, sei eine Neugründung der Arbeitsgruppe jederzeit möglich.

Sodann erfolgt die Abstimmung zu folgendem

Beschluss:

Der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Arbeitskreis Brandschutzbedarfsplan aufzulösen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Überplanmäßige Nachbewilligung von Haushaltsmitteln in der Produktgruppe Beteiligung an der Kunsthalle

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6210/2014-2020

Frau Wahl-Schwentker (FDP) kündigt für die folgende Ratssitzung einen Antrag an, mit dem die Besichtigung der Sammlung für die Zeit von zwei bis drei Monaten für die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger kostenlos angeboten werden solle. Die monatlichen Kosten im Umfang von ca. 20.000,00 Euro sollen im Wege des Sponsorings seitens der Kunsthalle eingeworben werden. Diesbezüglich könne eine besondere Begrüßung der Maßnahme durch den Rat der Stadt hilfreich sein.

Herr Oberbürgermeister Clausen gibt zu bedenken, dass die in der Vorlage beschriebene Unterstützung nicht an eine konkrete Maßnahme oder ein Projekt gebunden sei. Die Kunsthallenbetriebs GmbH solle damit eine Unterstützung für das Jubiläumsjahr erhalten. Er gehe davon aus, dass die Geschäftsführung der Kunsthalle den Aufsichtsrat in die Entscheidung über die Verwendung dieser Mittel einbinden werde. Nach seinem Verständnis liege die Kompetenz zur Verwendung der Mittel beim Aufsichtsrat der Kunsthallen Betriebs GmbH.

Herr Nettelstroth (CDU) wirbt für einen Verzicht auf die angekündigte Antragstellung. Es gehe aktuell um die Nachbewilligung von Haushaltsmitteln. Die Diskussion über ein kostenloses Besichtigungsangebot für Bielefelder Bürgerinnen und Bürger sei eher im Kulturausschuss zu führen. Darüber hinaus habe er den Eindruck, dass eine Gesamtschau der Situation im Finanzbereich der Kunsthalle hilfreich sein könne.

Frau Becker (BfB) zeigt sich überrascht angesichts der Vorlage und richtet die Frage an den Oberbürgermeister, ob die Nachfrage beim Immobilienservicebetrieb der Stadt Bielefeld zum angekündigten Nachlass der Mietkosten für die Kunsthalle bereits ein Ergebnis habe. Sie verweist auf die Ausführungen von Herrn Nettelstroth und bestätigt die prekäre Situation der Kunsthalle.

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf einen weiteren Tagesordnungspunkt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Sodann fasst der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss folgenden

Beschluss:

Aus Anlass des 50jährigen Bestehens der Kunsthalle Bielefeld im Jahr 2018 wird in der Produktgruppe 11.04.12 Beteiligung an der Kunsthalle gGmbH einmalig neben dem vertraglich vereinbarten Zuschuss überplanmäßig im Haushaltsjahr 2018 ein Betrag in Höhe von 50.000 € auf PSP-Element 11.04.12.01, Sachkonto: 5315 0000 nachbewilligt. Die Deckung des Mehraufwands erfolgt im Jahresabschluss 2018.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Oberbürgermeister Clausen
(Vorsitz)

Grewel
(Schriftführung)